

Abstimmung vom 25. September

«AHV plus» auf einen Blick

von Helmut Stalder / 11.7.2016, 10:00 Uhr

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.

Im Herbst stimmt der Souverän über 10 Prozent höhere Altersrenten ab. Die heutigen Altersrenten seien zu tief, so die Initianten. Die grosse Frage ist die Finanzierbarkeit.

Wer steckt hinter der Initiative?

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die Initiative «AHV plus: für eine starke AHV» 2013 lanciert. Sie wird getragen von einer «Allianz für eine starke AHV», der mehr als 20 Gewerkschaften und Personalverbände angehören, darunter Unia, Syna, SEV, Travaille Suisse sowie Verbände des öffentlichen Personals, der Lehrer, des Bankpersonals, der Medienschaffenden, der Pflegenden und der Senioren. Dahinter gestellt haben sich SP, Juso, Grüne, Junge Grüne.

Worum geht es?

Die Initiative «AHV plus» verlangt 10 Prozent mehr Altersrente für alle bestehenden und künftigen Rentnerinnen und Rentner. Der Zuschlag soll spätestens ab 2018 ausgerichtet werden. Die Minimalrente für Einzelpersonen würde auf 1292 Franken und die Maximalrente 2585 Franken erhöht. Die maximale Ehepaarrente würde auf 3877 Franken steigen. Im Durchschnitt macht der verlangte Zuschlag bei Alleinstehenden 200 und bei Ehepaaren 350 Franken aus. Nicht erhöht würden andere Leistungen der Sozialversicherungen wie die Hinterlassenen- und die Invalidenrenten.

Warum ist die Vorlage von Bedeutung?

Ab 2018 würden durch die allgemeine Rentenerhöhung in der AHV Zusatzkosten von 4 Milliarden Franken, ab 2030 von 5,5 Milliarden Franken entstehen. Wie dies finanziert werden soll, lässt der Initiativtext offen. Im Vordergrund steht die Finanzierung über höhere Lohnabzüge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Umfang von je 0,4 Prozent. Damit betrifft die Initiative alle Menschen in der Schweiz und beeinflusst auch die Zukunft des Sozialversicherungssystems.

Wie argumentieren die Befürworter?

Die Befürworter argumentieren, die heutigen Altersrenten aus der AHV und der beruflichen Vorsorge seien zu tief. Sie erlaubten es vielen Leuten nicht mehr, im Alter ihr gewohntes Leben in angemessener Weise fortzusetzen, wie es die Verfassung verlangt. Zudem hinkten die Altersrenten der Lohnentwicklung hinterher. Die AHV sei dank dem Umlageverfahren die sicherste Altersvorsorge, komme kleineren und mittleren Einkommen zu gute und sei angesichts schrumpfender Renten aus der zweiten Säule für die meisten im Alter die wichtigste Einkommensquelle, insbesondere für die heutigen Jungen und die Frauen. Der Ausbau sei mit höheren Lohnabzügen finanzierbar.

Wer sind die Gegner?

Der Schweizerische Arbeitgeberverband führt die Gegenseite an, flankiert vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, dem

Gewerbeverband und dem Bauernverband sowie einem Komitee aus FDP, SVP, CVP, EVP, BDP und Grünliberalen. Das Parlament und der Bundesrat lehnen die Initiative ab.

Welche Argumente führen die Gegner ins Feld?

Aus Sicht der Gegner ist die Initiative zu teuer und nicht finanzierbar. Ab 2030 sei in der AHV ein jährliches Defizit von 7 Milliarden Franken zu erwarten, mit dem Rentenausbau wären es 12,5 Milliarden. Noch höhere Lohnabzüge wären unfair, denn heute seien nicht Rentner von Armut betroffen, sondern vor allem junge Familien und Alleinerziehende. Durch das Giesskannenprinzip erhielten Rentner mehr, die nicht darauf angewiesen seien. Die Bedürftigsten dagegen würden nicht bessergestellt, weil ihnen die Ergänzungsleistung gekürzt oder ihr Anspruch ganz wegfallen würde. Statt der pauschalen Rentenerhöhung brauche es eine Gesamtreform der Altersvorsorge.

Was ist die Meinung der NZZ?

Die NZZ lehnt die Initiative ab. Wegen der demografischen Entwicklung gerät die AHV in absehbarer Zeit in Schieflage. Um dies zu korrigieren und langfristig sichere Renten für alle zu garantieren, muss sich die Bevölkerung darauf einstellen, länger zu arbeiten, länger Beiträge zu leisten und tiefere AHV-Renten in Kauf zu nehmen. Ein Ausbau der AHV-Renten torpediert die wichtige Rentenreform 2020.